

Rüstungskonversion heute

Wolfram Elsner

Fragt man nach den Chancen und Möglichkeiten von Rüstungskonversion heute, so muss man - neben den vielen negativen - auch die wenigen positiven jüngeren historischen Erfahrungen, die dazu gemacht wurden, noch einmal reflektieren.

In einer historisch relativ einzigartigen Situation kam Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts der jahrzehntelang kultivierte Feind bzw. das Feindbild („der Osten“, „der Slawe“, „der Russe“, „der Kommunist“, „die Bedrohung“) plötzlich und überraschend abhanden, ohne dass eine Ersatzideologie für die Aufrechterhaltung der Weiterrüstung und globaler Machtansprüche kurzfristig geschaffen werden konnte. Mit der Änderung der globalen strategischen Lage war zugleich die Notwendigkeit eines militärisch-strategischen Paradigmenwechsels und der Reduzierung (und Modernisierung bestimmter Teile) des Militärpotentials offensichtlich. Unter dieser Bedingung konnte Rüstungskonversion möglich werden, wenn auch

- nicht als nationale sondern nur als regionale Strategie für bestimmte besonders betroffene Regionen,
- kaum als national geförderte sondern überwiegend als EU-geförderte Strategie und schließlich
- nicht als bewusste Friedenssicherungspolitik sondern nur unter der Maßgabe und den Restriktionen der regionalen Industrie- und Strukturpolitik.

Unter diesen Umständen musste eine langfristige ‚Umstrukturierungsdividende‘, von der viele erhofft hatten, dass sie eine Friedensdividende werden würde, erwirtschaftet werden, weil

- die öffentlichen Mittel für die überdimensionierte, nach ‚Osten‘ orientierte, Land-orientierte und konventionelle Militärmaschinerie, mit denen man die staatssozialistischen Länder letztlich niederkonkurriert hatte, nicht mehr aufgebracht werden konnten,
- die Rüstungsindustrie modernisiert und auf die effektiveren und billigeren zivilen („dual-use“) Technologien sowie auf zivile („markt“-orientierte) Organisations- und Kalkulationsprinzipien umgestellt werden musste und
- die traditionellen rüstungsindustriellen regionalen Zentren mit ihrer einseitigen Konzentration in ihrer Entwicklungsfähigkeit gefährdet waren.

Hierfür gab es über insgesamt etwa 10 Jahre Programmlaufzeit hinweg (1991-2000) eine industriepolitische Konversionsförderung der EU-Strukturfonds (v. a. zwei aufeinander folgende sog. Gemeinschaftsinitiativen KONVER, aber auch die vorübergehende Einbeziehung von Konversion in die grundständige sog. Zielförderung der EU-Strukturfonds u. a.) sowie eine überwiegend auf Umwidmung und Verkauf von Flächen und Militärimmobilen gerichtete regionalpolitische Förderstrategie des Bundes, v. a. im Rahmen der Regionalförderung („GRW“).

Das Bundesland Bremen war eine Region mit der damals dritthöchsten rüstungsindustriellen Konzentration bzw. dem dritthöchsten beschäftigungspolitischen Gefährdungspotential in der EU, mit einer insgesamt altindustriellen Vorbelastung, jedoch auch mit einer relativ effektiven Stadtstaats-Struktur der kurzen Entscheidungswege und einer gewissen Erfahrung mit proaktiver, den Strukturwandel ein wenig gestaltender Wirtschaftsstrukturpolitik. Eine solche Gebietskörperschaft hatte unter diesen Bedingungen gewisse Chancen, für ein knappes Jahrzehnt lang mit intelligenter

Antragsstrategie, geschickter Mittelkombination und erheblichem eigenem Mittelaufwand, eine aktive Rüstungskonversion auch und vor allem in den Unternehmen zu betreiben. Dies ist in der Tat gelungen und EU-weit als nicht nur intelligente sondern vom Ergebnis her (und im EU-Vergleich) sogar als erfolgreiche regionale Strukturpolitik (eines der ganz wenigen erfolgreichen Beispiele) beurteilt worden (s. z.B. ERIS 1993; BICC 1996, 135ff., 1998, 253ff.; PREST 1998; Accordino, Elsner 2000; Markusen, Brzoska 2000; Elsner (Hg.) 2001).

Regionale Voraussetzung war eine gesellschaftspolitische Mobilisierung in Bremen *pro* Konversion bei Gewerkschaften, Betriebsräten, betrieblichen Vertrauensleuten, einzelnen Politikern, der Friedensbewegung, bei Wissenschaftlern und in der Universität insgesamt, der Stiftung Rüstungskonversion, bei einzelnen Unternehmern sowie dementsprechend in Teilen der SPD und der Grünen. Dies ermöglichte eine gesellschaftlich-organisatorische Begleitung dieser Umstrukturierung (‚Beraterkreis‘, Gutachten, Veranstaltungen u. v. a.), die in Ansätzen einen demokratischen und partizipatorischen Prozess etablierte, der dann auch nicht mehr kurzfristig zu stoppen war sondern tatsächlich über ein Jahrzehnt lang lebendig war, gewirkt und vieles bewirkt hat.

Innerhalb der engeren industriepolitischen Prozesse war gleichwohl zusätzlich noch die Entwicklung intelligenter Strategien, Strukturen und Prozesse erforderlich, wie z.B. ein etwas bürokratieferneres Management (‚Konversionsbeauftragter‘ mit administrativer und außeradministrativer ‚Steuerungsgruppe‘) sowie ein intelligentes Networking, ohne das die einzelnen Unternehmen nicht aus ihrer isolierten individualistischen Logik und Rationalität herausgekommen wären. Denn es war angesichts der Größenordnungen der Gelder nicht primär der monetäre ‚Pull‘-Effekt, der dafür gesorgt hat, dass die meisten Unternehmen in Bremen reale betriebliche Umstrukturierungsprojekte durchgeführt haben – die dann wiederum erhebliche reale und auch klimatische und Bewusstseins-Wirkungen bei den betrieblichen Beteiligten hervorgerufen haben.

Die anfängliche erhebliche Unsicherheit auf Seiten der Firmenleitungen, verursacht durch die notorische, umfassende und erschreckende Inkompetenz der Bundesregierungen sowie durch die Ideenlosigkeit und Überfordertheit der verschiedenen beteiligten Bundesverwaltungen in Sachen Strukturgestaltung und Zukunftsvorsorge, war dafür anfänglich ein fördernder Faktor, hätte jedoch allein kein halbwegs erfolgreiches Jahrzehnt der Rüstungskonversion generieren können.

Schauen wir uns also die Erfahrungen etwas genauer an, um Schlussfolgerungen für eine mögliche künftige Rüstungskonversion entwickeln zu können.

Das Beispiel des Rüstungssektors und der industriepolitischen Rüstungskonversion im Lande Bremen in den neunziger Jahren

Das Problem und die gesellschaftlichen Reaktionen

In Bremen waren 1989 9% der Arbeitsplätze des Verarbeitenden Gewerbes *direkt* sowie 16% *direkt und* indirekt rüstungsabhängig. Den Rüstungssektor bildeten im Wesentlichen 12 große und mittelgroße Unternehmen, von denen ein beträchtlicher Teil Hauptauftragnehmer war (s. ausf. Elsner, Voss 1991; s. a. Elsner 1992, 1993, 1995, 1996; Salot, Elsner 1998). Der bremische Rüstungssektor bestand zum Ausgangszeitpunkt des Problems (1989) v. a. aus Elektronik (40%), Schiffbau und -reparatur (31%) sowie Luftfahrzeugbau und sonstigen Fahrzeugen (25%).

Im Vergleich zu seinem Anteil am Bruttoinlandsprodukt war Bremen zu diesem Zeitpunkt mit Abstand das rüstungsabhängigste Bundesland. 1992 wurde Bremen in Bezug

auf seine direkte Rüstungsabhängigkeit von der EU-Kommission auf Platz 3 der damals 183 NUTS-II-Regionen (der damals 12 EU-Staaten) gesetzt (s. EU-Kommission 1992). In dem entsprechenden EU-Bericht wurde Bremen als gegenüber Einschnitten im Rüstungssektor besonders stark gefährdet eingestuft. Er betrachtete fast 30.000 Arbeitsplätze (ca. 5,5% der *gesamten* bremischen Arbeitsplätze) in Bremen als bedroht (einschließlich der bremischen Beschäftigten in den Kasernen und in der - damals beträchtlichen - Rüstungsforschung).

Die weitere Entwicklung des bremischen Rüstungssektors verlief tatsächlich dramatisch: Die Beschäftigung nahm zwischen 1992 und 2000 mit -47% mehr als doppelt so stark ab wie im gesamten Verarbeitenden Gewerbe (das seinerseits in diesem Zeitraum bereits einen erheblichen Arbeitsplatzabbau verzeichnete) (s. ausf. Elsner, Salot 2002).

Bremens Betroffenheit hing aber nicht nur mit der außerordentlichen quantitativen Bedeutung der Rüstungsindustrie zusammen, sondern auch mit der Tatsache, dass - nach entsprechenden Studien und Schätzungen - über 50% der bremischen industriellen F&E-Tätigkeiten von Rüstungsunternehmen durchgeführt wurden (s. Bremer Senat 1998) und Bremen außerdem bereits unter den Einbrüchen in den anderen Sektoren wie der Schiffbau- und Stahlindustrie litt. Dies erklärt, weshalb von politischer Seite vergleichsweise prompt und proaktiv auf die strukturpolitische Herausforderung reagiert wurde.

Die Ausgangsbedingungen für die Umsetzung einer proaktiven industriepolitischen Konversion waren in Bremen vergleichsweise gut, da der Hauptsitz der meisten regionalen Rüstungsbetriebe zu diesem Zeitpunkt in Bremen lag und ein großer Anteil der Rüstungskapazitäten im Bereich „Elektronik“, also im „High-Tech“-Bereich angesiedelt war und somit grundsätzlich eher in neue, wachsende, zivile Märkte konvertiert werden konnte bzw. „dual-use“-fähig war.

Ferner hatte sich innerhalb der lokalen Gewerkschaften bereits seit den siebziger Jahren ein Netzwerk von Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit der Konversionsproblematik und alternativer Produktion befassten. Über die Jahre hinweg wurden von diesen Arbeitsgruppen zahlreiche Vorschläge für neue zivile Produkte erarbeitet. Da sich diese Gruppen seit über 15 Jahren an der „alten“ (zwangsläufig theoretisch bleibenden) Konversionsdiskussion beteiligt hatten, war das Netzwerk gut vorbereitet, um auch an der neuen, nunmehr realen Konversionsdebatte, die 1990 begann, mitzuwirken. Repräsentanten dieses Netzwerkes waren tatsächlich treibende Kräfte bei der Fortführung dieser Diskussion: Sie schlugen zu fördernde Konversionsprojekte vor und Verbesserungen bei der Förderpraxis im Rahmen des zu der Zeit vom Senat beschlossenen Bremischen Konversionsprogramms (BKP) und machten Vorschläge zur Verbesserung und Fortschreibung des Programms auf Grundlage der Erfahrungen, die im Verlauf der Förderung gesammelt wurden. Teilweise waren die Repräsentanten dieses Netzwerkes als Vertreter der Gewerkschaften auch im „Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm“ vertreten. Schließlich hat dieses Netzwerk selbst auch Fördermittel im Rahmen des BKP bezogen, um ein Netzwerk zu gründen, das aus europäischen betrieblichen Vertrauensleuten bestand. Dies arbeitete vier Jahre lang.

Ähnliches trifft auch auf die universitäre Konversionsdebatte zu. Hier waren einige überregional bekannte Politikwissenschaftler, Historiker und Ökonomen über viele Jahre führend an der Konversionsdebatte beteiligt. Sie haben nicht nur an der nationalen und internationalen Friedens- und Konversionsdiskussion mitgewirkt sondern waren auch an regionalen Fallstudien und Konversionsvorschlägen beteiligt sowie an der Durchführung von Befragungen der Rüstungsbeschäftigten. Und sie sorgten zeitweise für eine erhebliche

Präsenz der Thematik in den regionalen Medien. Zwei Vertreter der Universität wurden vor diesem Hintergrund Mitglieder des Beraterkreises.

Die sozialdemokratische Partei, die das Land Bremen seit den frühen siebziger Jahren allein regiert hatte, war lange Zeit von der wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Konversionsdiskussion beeinflusst. So war beispielsweise der spätere Präsident des Bremer Senats, Scherf, Ende der achtziger Jahre Gründungsmitglied der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Diese Stiftung setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Friedensbewegung, Gewerkschaftern, Vertrauensleuten bremischer Rüstungsunternehmen und eine Zeitlang auch einigen Repräsentanten politischer Parteien. Sie hat sich kontinuierlich an der regionalen Konversionsdebatte beteiligt, indem sie beispielsweise Studien gefördert und Veranstaltungen organisiert hat.

Schließlich hat auch das bremische Wirtschaftsressort schnell auf die regionalisierten Statistiken zu den Rüstungsausgaben reagiert, die erstmals 1990 von der Bundesregierung veröffentlicht wurden. Unmittelbar nach der Veröffentlichung wurde eine Studie vom Wirtschaftssenator herausgegeben, in der Bremens Rüstungsabhängigkeit in Relation zu den anderen deutschen Bundesländern dargestellt wurde; ferner wurde ein umfassender Bericht zu den Abrüstungsfolgen und den Möglichkeiten einer regionalen Konversionsförderung erarbeitet (s. Elsner, Voss 1991; s. auch BAW 1991).

Der „Abrüstungs- und Konversionsbericht“ von 1991 (Elsner, Voss 1991) war bereits Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, indem bei dessen Erarbeitung Diskussionsrunden stattfanden, an denen Repräsentanten bremischer Rüstungsunternehmen (sowohl der Arbeitnehmer als auch der Unternehmensleitungen), die (damals noch zwei) Arbeitnehmerkammern, Gewerkschaften und Mitglieder der Friedensbewegung teilnahmen. Arbeitgeberverbände und Industrie- und Handelskammer hatten an der früheren Konversionsdebatte nie partizipiert.

Es sollte daran erinnert werden, dass es in Bremen damals nicht nur auf Unternehmerseite eine mächtige Handels- und eine Handwerkskammer gab (und heute noch gibt) sondern auf Seiten der abhängig Beschäftigten auch eine, damals noch einflussreiche Arbeiterkammer sowie eine Angestelltenkammer, heute zusammengefasst als handzahme, von der offiziellen Politik und den offiziellen lokalen Medien daher relativ ignorierte Arbeitnehmerkammer. Schließlich gab es noch eine paritätisch besetzte Wirtschaftskammer, die jedoch Ende der neunziger Jahre auf Drängen der Unternehmensverbände von der Landesregierung, dem Bremer Senat, aufgelöst wurde, da unter neoliberalen Bedingungen „Sozialpartnerschaft“ nicht mehr praktiziert werden musste (s. ausf. Elsner 2000a, 2002).

Ein weiterer Faktor waren die persönlichen Verbindungen zwischen Managern und Politikern, innerhalb der besonderen politischen, gesellschaftlichen, institutionellen und Kommunikationsbedingungen des kleinen Stadtstaates. Dies erleichterte es führenden Unternehmen der Rüstungsindustrie, insbesondere der dann zum Bremer Vulkan gekommenen Atlas Elektronik, sich für eine Beteiligung an den regionalen Konversionsanstrengungen zu entscheiden.

Insgesamt lag also in Bremen nicht nur ein hoher Organisations- und Interaktionsgrad breiter gesellschaftlicher Interessen vor, sondern es herrschte auch eine industriepolitische Debatte, insbesondere in Bezug auf Rüstungskonversion, was sich insgesamt positiv auf die proaktive politische Einflussnahme auf den Konversionsprozess auswirkte und diesen Prozess förderte.

Der grundsätzliche Ansatz – Querschnittssektoren und Cluster-Politik

Bei der Rüstungsindustrie handelt es sich um einen Querschnittssektor bzw. ein regionales Cluster, das an unterschiedlichen Stellen der amtlichen Industriestatistik erscheint. Bei der Produktion von Systemen wie Schiffen oder Flugzeugen umfasst dieses viele unterschiedliche Zulieferer und Unterauftragnehmer, Dienstleistungsunternehmen sowie sogar (öffentliche oder halböffentliche) Betreiber spezieller infrastruktureller Einrichtungen (Häfen, Flughafen, F&E-Institute, Hochschulen etc.). Ist ein solcher Querschnittssektor überdurchschnittlich stark in einer Region vertreten, so ist dies vor allem dann von zentraler Bedeutung für die Region, wenn es sich, wie im Falle der bremischen Rüstungsindustrie, um ein „High-Tech“-Cluster handelt.

Gerade dieses High-Tech-Cluster aber hatte traditionell nur in geringem Maße mit regionalen Zulieferern und anderen bremischen Unternehmen kooperiert. Dies lag zum einen an Geheimhaltungsvorschriften, denen die Rüstungsunternehmen in der Regel unterlagen, zum anderen aber auch an den spezifischen Qualitätsanforderungen der Rüstungsproduktion. Mit der Diskussion über die Konversion militärischer Produktionskapazitäten, entstand daher auch die Möglichkeit der regionalen Re-Integration dieser Teile der regionalen Wirtschaft und die Frage nach ihrem Potential zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und des regionalen Wachstums.

Moderne Industriepolitik muss sich mit breit definierten und interdependenten sektoralen Komplexen, Querschnittssektoren oder Clustern auseinandersetzen (s. z.B. Elsner 2000a, b). Wenn solche Cluster als besonders zukunftssträftig für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region eingestuft werden können, also als „Wachstumspol“ oder „Schlüsselindustrie“, dann scheint eine entsprechende industriepolitische Unterstützung gerechtfertigt. Angesichts ihres technologischen Potentials und ihres Querschnittscharakters wurde die Rüstungsindustrie häufig, und nicht nur im Falle Bremens, als Kern künftiger struktureller Entwicklung in einem nicht-militärischen Kontext betrachtet.

Konversion ist dabei als eine anspruchsvolle Form des gesteuerten Strukturwandels zu betrachten. Die Besonderheit hierbei ist, dass während der Umstrukturierung die technischen Fähigkeiten sowie arbeitsorganisatorischen Zusammenhänge in der Region erhalten bleiben sollen. Die technischen, organisatorischen, humanen und ökonomischen Kapazitäten in Form der Unternehmen und Beschäftigten, werden also innerhalb der Region aufrechterhalten, d.h. Produktionsprozesse sollen weiter fortlaufen („Reparatur des Autos während der Fahrt“). Dies gelingt nur durch eine intensive und durch eine öffentliche Rationalität unterstützte hochgradige Akteurskoordination und entsprechenden Zukunftserwartungen (Sicherheit und „Trust“) (s. Elsner 2001a, b).

Dennoch muss Konversion als Unternehmensstrategie mit anderen, den üblichen, aus Sicht der Unternehmen meist zu bevorzugenden, individualistischen Strategien, wie der Erhöhung des Anteils am schrumpfenden Rüstungsmarkt, Export als Kompensation, Zentralisation durch Unternehmensaufkauf, der Schließung von Unternehmensteilen und dem Aufbau neuer an anderen Standorten oder einfach nur der „Strategie“ des Abwartens und des „muddling through“ konkurrieren. Alle diese individualistischen Strategien bergen in ihrer beschränkten Rationalität und Logik jedoch ein hohes Risiko mit potentiell hohen individuellen Kosten und mit hohen sozialen Kosten für die Region.

In der Tat sind individuelle Akteure (Unternehmen) - insbesondere unter den Bedingungen eines plötzlichen Strukturwandels, der öffentlichen Handlungsinkompetenz, der damit verbundenen starken Unsicherheit und Unfähigkeit zu kollektivem Handeln - blockiert („locked-in“), das heißt subjektiv unfähig, einen progressiven Strukturwandel, der aus Sicht der Region und sogar aus Sicht der Unternehmen vorteilhaft wäre, individuell

oder kollektiv zu initiieren. „Märkte“, mit ihrer relativen Anonymität und Isolation der Akteure, und Marktpreise transportieren nicht die notwendigen Informationen und Zukunftserwartungen, um die notwendige komplexe Koordination der Akteure in solchen problematischen Entscheidungssituationen herzustellen.

Folglich findet dieser progressive Strukturwandel, hier: Rüstungskonversion, nicht spontan oder automatisch statt. Er muss - eingebettet in bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen, die i. d. R. durch öffentliche Rationalität herzustellen sind und die entsprechende Zukunftserwartungen generieren - initiiert und organisiert werden. Diese Rahmenbedingungen sind so zu entwickeln, dass sie helfen, diese Blockaden individualistischen Handelns zu überwinden und Voraussetzungen und Anreize für ein koordiniertes und kooperatives Handeln zu schaffen, das sowohl aus Sicht der Unternehmen als auch aus Sicht der Region von langfristigem Interesse ist. Der öffentliche Akteur sollte das regionale strukturelle Ziel klar definiert haben. Nur dann kann er die Rolle des Initiators, Beschleunigers, Stabilisierers und Mediators gegenüber den privaten Akteuren übernehmen. (zu diesem Ansatz ausf. Elsner 2001a, 2001b).

Strategie und Maßnahmen: „Networking“, „Incentives“ und „Commitment“

Das BKP wurde vor diesem Hintergrund von der Landesregierung 1992 beschlossen. Mit diesem Programm wurden neue institutionelle Arrangements und strukturpolitische Instrumente eingeführt, die bisher in der regionalen strukturpolitischen Praxis in dieser Form noch so gut wie nicht eingesetzt worden waren, weder in Bremen noch anderswo.

So wurde das regionale Beratungsgremium (der erwähnte „Beraterkreis Bremisches Konversionsprogramm“) gebildet, um die Umsetzung des Programms zu begleiten. In diesem Beraterkreis trafen sich die zentralen regionalen Akteure, die vom Konversionsprozess betroffen und an der Konversionsdiskussion beteiligt waren, und es entwickelte sich ein gewisser Austausch zwischen Handelskammer, Angestellten- und Arbeiterkammer, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Repräsentanten der Universität und der Friedensbewegung, während Unternehmensvertreter (Vertreter der Geschäftsführung und des Betriebsrates jeweils eines Unternehmens) als Gäste geladen wurden. Innerhalb der acht Jahre seit seiner Gründung hat der Beraterkreis insgesamt über 20 mal getagt.

Der Senator für Wirtschaft ernannte einen Konversionsbeauftragten, der die Sitzungen des Beraterkreises organisierte und moderierte, die betrieblichen Projekte koordinierte, die finanzielle Umsetzung begleitete, regelmäßige Berichte erstellte, Fortschreibungsentwürfe für das Programm erarbeitete und Kontakt zum Bundeswirtschaftsministerium und zur EU-Kommission hielt.

Ferner wurde eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe gebildet, die sich aus Repräsentanten des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Umwelt- und Arbeitsressorts sowie der Senatskanzlei zusammensetzte und der der Konversionsbeauftragte vorsah. Sie wurde von einem Technologieberatungsunternehmen unterstützt, das für die technische und kommerzielle Evaluierung der einzelnen betrieblichen Konversionsprojekte (Anträge, Monitoring, Abschlußberichte) verantwortlich war und dem Konversionsbeauftragten sowie der Steuerungsgruppe zuarbeitete.

Das Programm forderte auch die Etablierung betrieblicher Konversionsrunden, die sowohl aus Vertretern des Managements als auch aus Arbeitnehmervertretern bestehen sollte. Obwohl nur wenige Unternehmen dies tatsächlich umgesetzt haben, wurde von einem Grossteil der Unternehmen zumindest ein betrieblicher Konversionsbeauftragter ernannt, der nicht nur mit der Unternehmensleitung, sondern in der Regel auch mit den Arbeitnehmervertretern und dem Konversionsbeauftragten kooperierte.

Um den Unternehmen den Konversionsansatz zugänglich zu machen und ihn verschiedenen regionalen Akteuren als wenn nicht unmittelbar gemeinsame, so doch koordinierte Strategie vor Augen zu führen, wurden im Rahmen des BKP weitere spezielle Instrumente etabliert. Hierzu gehörte die prioritäre Förderung von kooperativen und Verbund-Konversionsprojekten (gemeinsam mit anderen Unternehmen bzw. mit regionalen Forschungsinstituten) sowie integrierter Projekte, die F&E, Qualifikation, Marketing und Organisationsentwicklung verbanden. Auf diesem Wege wurde die mittelfristige Bereitschaft der Unternehmen, ihre Unternehmensstrategie, ihre Produkte, Technologien und Organisation zu ändern, gestärkt.

Ferner wurde ausdrücklich von jedem Unternehmen, das eine Förderung beantragte, ein sog. Mittelfristiges Konversionskonzept gefordert, um zu gewährleisten, dass der Konversionsgedanke sich längerfristig innerhalb der betrieblichen Produkt- und Organisationsstruktur verfestigt.

Schließlich wurden "weiche" infrastrukturelle Projekte, die ihre eigenen speziellen Planungsgruppen und Beiräte erhielten, entwickelt, um direkt kooperatives konversionsorientiertes Verhalten einzuüben und auch auf diesem Wege zur Realisierung mittelfristiger (struktureller) Konversionseffekte beizutragen und um betriebliche Konversionsprojekte und -produkte im Hinblick auf technologische Anwendungen und Vermarktung zu unterstützen. Ein Beispiel für solche speziellen Infrastrukturen war die Gründung eines Transferinstituts, das sowohl eine Demonstrations- und Testanlage für eine neuartige Kläranlage beinhaltete als auch ein großes Umweltforschungsinstitut an der Universität. Hier konnten die ehemals militärischen Kernkompetenzen der bremischen Rüstungsindustrie im Bereich der Sensor- und Simulationstechnologie genutzt, weiterentwickelt und in den Bereichen Wasser- und Abwasseranalyse und -aufbereitung eingesetzt werden. Ein weiteres Beispiel war die Gründung einer West-Ost-Transfer-Agentur. Ihr Ziel war die Nutzung der bremischen Konversionserfahrungen, die innerhalb der Unternehmen wie auf regionaler Ebene gesammelt wurden, zur Entwicklung kooperativer Konversionsprojekte zwischen West und Ost. Vor diesem Hintergrund konnte betriebliches und regionales bremisches Konversions-Know-How als Dienstleistungen exportiert werden.

Die Konversionsförderung war Bestandteil einer breiteren, und in finanzieller Hinsicht größeren, Förderung im Rahmen des langfristigen, wiederholt weiterentwickelten bremischen Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP) und Investitionssonderprogramms (ISP). Während das BKP selbst finanziell ein eher kleines Programm war (insgesamt wurden über das BKP innerhalb von 10 Jahren ca. 25 Mio. EURO ausgegeben), waren viele, v. a. infrastrukturell ausgerichtete Konversionsprojekte verknüpft - oft sogar mit initiierender Funktion - mit anderen, größeren zivilen Projekten, wodurch sie weitreichendere regionalwirtschaftliche Effekte nach sich zogen, als es die eher begrenzten Fördermittel des Konversionsfonds im Rahmen des BKP vermuten lassen konnten (s. z.B. Elsner 2004).

In der Regel wurde allerdings vorrangig nur indirekt koordiniertes, also paralleles Verhalten der Unternehmen bezüglich ihrer eigenen betrieblichen Produkt- und Organisationsentwicklung angeregt - statt direkt kooperativen Verhaltens im Kontext gemeinsamer betrieblicher Projekte. Insgesamt war sowohl dieses indirekt koordinierte bzw. parallele Verhalten, das auf betriebliche Konversion abzielte, als auch das Networking (die direkte Koordination in kooperativen infrastrukturellen Projekten) bedeutsam, um die rein individualistisch ausgerichteten, isolierten und damit konventionellen und restriktiven Strategien und die damit verbundenen kollektiven Blockaden gegenüber einem progressiven Strukturwandel zu überwinden, das

Unternehmenshandeln in einer komplexen und unsicheren Entscheidungssituation zu koordinieren und somit operational mit dem strukturellen Interesse der Region an der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur zu verknüpfen. (Zu den bekannten Diskussionen über Komplexität, Koordination und kollektives Lernen von Kooperation in Wertschöpfungsketten, Clustern und sog. New Industrial Districts, in denen über Wissen gemeinsam verfügt werden muss, wenn Erfolge erzielt werden sollen, s. bspw. Elsner 2000b.)

Insgesamt ist das BKP daher eher in instrumenteller und institutioneller als in finanzieller Hinsicht relevant als Beispiel für eine Weiterentwicklung regionaler Industriepolitik. Der „qualitative“ Ansatz Interaktiver Wirtschaftspolitik, die mehr mit Zukunftserwartungen und Networking als mit Subventionen arbeitet, ist daher grundsätzlich ein finanziell schlankerer Ansatz der Wirtschaftspolitik (zum Ansatz der sog. Interaktiven Wirtschaftspolitik, s. Elsner 2001a).

Es sei betont, dass die Projekte der Konversionsförderung überwiegend als technologisch innovativ einzustufen waren, also auch als Teil einer Innovationspolitik angesehen werden könnten, aber natürlich auch stets die Dimension der Erschließung neuer Anwendungsbezüge (Märkte) und – mit der Erschließung ziviler Märkte aus militärischen Märkten heraus – schließlich zugleich die Dimension des Organisationswandels (neue „zivile“ Organisationsformen) für die Rüstungsunternehmen enthielten. Die bremische Konversionsförderung war immer auch zugleich Organisationsentwicklung und gesellschaftliche Mobilisierung von Human- und Sozialkapital.

Ergebnisse

Zwischen 1992 und 2001 wurden über 60 betriebliche Konversionsprojekte und mehr als ein Dutzend konversionsrelevante infrastrukturelle Projekte im Rahmen des BKP gefördert und durchgeführt. Zehn der zwölf Unternehmen, die an der laufenden Erhebung zur Entwicklung der bremischen Rüstungsindustrie beteiligt waren, bezogen Fördermittel des BKP. Zusätzlich beteiligten sich einige Ausgründungsunternehmen und Beschäftigungsgesellschaften sowie individuelle Existenzgründer, die sich mit Konversionsprojekten aus Rüstungsunternehmen ausgegründet hatten, an der Konversionsförderung. Sie alle machten zunehmend Umsatz und Gewinn mit Produkten, die durch das BKP gefördert wurden.

Insgesamt wurden die regionale industrielle Struktur sowie der Innovationsstand und die organisationalen Kompetenzen der Rüstungsunternehmen bzw. ehemaligen Rüstungsunternehmen deutlich verbessert. Die Unternehmen betraten verstärkt wachsende zivile Märkte.

Die laufenden statistischen Erhebungen zeigten, dass fast ein Drittel der Rüstungsbeschäftigten, die zwischen 1992 und 2000 - statistisch gesehen - ihren Rüstungsarbeitsplatz verloren haben, durch innerbetriebliche Konversion in den zivilen Bereich überführt wurden. Das bedeutet, dass fast 15% aller rüstungsabhängigen Arbeitsplätze von 1990 bis zum Jahr 2000 konvertiert wurden (vgl. a. Tab.).

Arbeitsplatzeffekte betrieblicher Konversion und der Konversionsförderung im Lande Bremen, 1990 bis 1999	
(in % der Rüstungsbeschäftigten in den bremischen Rüstungsunternehmen im Jan. 1990)	
	1990-1999
Abnahme der Rüstungsbeschäftigung in den befragten Unternehmen	48.7* ¹⁾
Davon:	
Entlassungen	34.0* ¹⁾
Konvertierte Arbeitsplätze	14.7
Davon:	
Ohne öffentliche Förderung	12.4
Mit öffentlicher Förderung	2.3
Quelle: Elsner 2001b; Elsner, Salot 2002. *) Die Zahlen beinhalten zwei große Konkurse, Bremer Vulkan und DST. Eines dieser beiden Unternehmen (DST) hatte sich intensiv an der Konversionsförderung beteiligt.	

In dem Jahrzehnt, in dem sich der Arbeitsplatzabbau im gesamten Verarbeitenden Gewerbe, und insbesondere der Abbau der Rüstungsarbeitsplätze in der Rüstungsindustrie deutlich beschleunigte, wurde also ein knappes Drittel der statistisch als Rüstungsarbeitsplätze verschwundenen Arbeitsplätze aktiv konvertiert (14.7/48.7), ein Zeichen dafür, dass sich die Rüstungsabhängigkeit der befragten Unternehmen reduzierte. Der Anteil der direkt rüstungsabhängigen Arbeitsplätze reduzierte sich von 9% im Jahr 1989 auf 5% im Jahr 1997 (vgl. Bremer Senat 1998; Elsner, Salot 2002).

Die Zahlen machen auch klar, dass Konversion auch von Unternehmen betrieben wurde, die sich nicht unmittelbar am Konversionsprogramm beteiligt hatten. Eine ehemalige Marinewerft beispielsweise konvertierte ohne öffentliche Förderung die Hälfte ihres Produktionspotentials in nicht-militärische Produkte und Märkte. Hierzu zählen Luxusyachten und schnelle Fähren. In der Tat wurde dort ein Großteil der konvertierten Arbeitsplätze ohne eine direkte öffentliche Förderung umgewidmet. In einzelnen Fällen handelte es sich dabei um spezifische günstige Bedingungen eines einzelnen Unternehmens, oft waren es jedoch auch die regionalen Konversionsaktivitäten insgesamt und die Konversionsaktivitäten vergleichbarer regionaler Unternehmen, die Unternehmen „mitzogen“, diesen Weg auf eigene Kosten zu gehen.

Beurteilung

Insgesamt war dieser Cluster- und Netzwerk-orientierte regionalpolitische und industriestrukturpolitische Ansatz in dem Sinne erfolgreich, dass er einen merklichen Anteil der Produktion, des F&E-Potentials und der Beschäftigung während der neunziger Jahre durch Konversion aufrechterhalten und in der Region halten konnte, der ansonsten mit erheblicher Wahrscheinlichkeit vernichtet worden wäre.

Die mit der Konversion gestiegene Produktivität hat den ehemaligen Rüstungsunternehmen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre allerdings auch die Möglichkeit verschafft, Entlassungen (sowohl im zivilen als auch militärischen Bereich) vorzunehmen, und zwar umso mehr je mehr sie durch Konversion an Produktivität gewannen. Dennoch war das Ergebnis für die Region insoweit positiv, als

- eine diversifiziertere, innovativere und nachhaltigere industrielle Struktur entstanden ist,
- sich die Anzahl der Unternehmen stabilisiert hat und
- sich die regionalen Netzwerkstrukturen verbessert haben.

So betrachtet hat Bremen in diesem Cluster eine industriepolitische „high road“ der Umstellung (statt einer „passiven Sanierung“) gewählt, um auf die Herausforderungen des Rüstungssektors und die Potentiale der Konversion zu reagieren. Es wurde nicht auf

einfachere, bloß Standortkosten-orientierte Strategien wie Steuervergünstigungen, Lohnkostensenkungen und andere Subventionen zurückgegriffen. Vor diesem Hintergrund wurde der Ansatz wie gesagt als Beispiel für einen proaktiv gemanagten regionalen Strukturwandel angesehen.

Allerdings wurde dieser Ansatz der vorausschauenden Regional- und Strukturpolitik (und in Ansätzen auch der regionalen Friedenssicherungspolitik) in Bremen im Zuge der Auseinandersetzungen um die „extreme Haushaltsnotlage“ und die Entwicklung einer neoliberalen Strategie der „Sanierung“ des öffentlichen Haushaltes, durch „Sparen“ zu Lasten der normalen Menschen und „Investieren“ zugunsten zeremonieller Großprojekte, nicht weiterentwickelt und verallgemeinert sondern vielmehr überlagert und zunehmend abgelöst durch ein umfassendes sozialstrukturelles und gesellschaftspolitisches Umbau- und Rückverteilungsprogramm – mit weitreichenden negativen Konsequenzen für Arbeit und Gesellschaft im Stadtstaat (s. ausf. Elsner 2002, 2005).

Schlussfolgerung: Rüstungskonversion heute?

Es sollte deutlich geworden sein, dass selbst die reduzierte Form der regional- und industriepolitisch dominierten Rüstungskonversion (und der nur noch in Spurenelementen darin aufgehobenen aktiven und vorausschauenden Friedenssicherungspolitik) bereits einen sehr spezifischen Satz von Rahmenbedingungen voraussetzt. Dazu gehörte

- ein massiver aufgestauter systemischer Umstrukturierungsbedarf auf nationaler Ebene aufgrund einer globalen Bedingungsänderung,
- eine plötzliche ideologisch-strategische Schwäche in den herrschenden nationalen und EU-Machtkonstellationen und -mechanismen sowie
- eine relative Stärke, Kompetenz und Vorbereitetheit der proaktiven Kräfte der Zukunftsvorsorge, die sich dann, zumindest vorübergehend, mit breiteren regionalen (hier mit strukturpolitischen und unternehmenspolitischen) Interessen verbinden können.

Offensichtlich war selbst diese elementare Bedingungskonstellation in Deutschland keineswegs generell sondern im Gegenteil eigentlich sogar nur in Bremen gegeben.

Das Pendel der relevanten Kräftekonstellation ist jedoch seit Mitte der neunziger Jahre massiv zurückgeschwungen. Ein neues ideologisches Feindbild („der Terrorist“, „der Araber“, „die allgemeine Unsicherheit“, „die Gefährdung unserer Rohstoffe“, „der erstarkte Chinese“ etc.) konnte relativ schnell und nachhaltig generiert werden. Unser Autofahrerparadies, unsere überbordenden Supermarktregale und der globale Verkauf unserer industriellen Überproduktionen werden heute mit massivem militärischen Einsatz, vulgo Krieg, einer schnell herzierten „internationalen Gemeinschaft“ an den Pipelines des Südirak, Afghanistans, Zentralasiens, an den Lagerstätten Ostafrikas und wo immer nötig gegen seit Jahrhunderten gegängelte, ausgeplünderte, gedemütigte, hungernde Völker „humanitär verteidigt“. Diesem herrschenden Paradigma, das eine (jedwede benötigten virtuellen Bilder produzierende) Einheits-Medienmaschinerie massiv verbreitet, steht heute keine massenwirksame Aufklärung entgegen. Der Neoimperialismus hat eine breite Basis in fast allen Parteien, die fast alle miteinander „können“, obgleich Regierungen gerade mal noch von einem Drittel der Wahlberechtigten getragen werden. Hier scheint jeder Ansatz einer günstigen Bedingungskonstellation für Rüstungskonversion zu fehlen. Kirchenbürokratien und Gewerkschaftsführungen sitzen teils handzahn, ängstlich und angepasst, teils offensiv profitierend im Schoss des herrschenden Paradigmas. Die SPD

und die Grünen sind zu neoliberalen Parteien mit einer ganz spezifischen Psychologie der Aggressivität geworden.

Gleichwohl bleibt nichts wie es war, und die globale Krise des Kapitalismus ist tiefer und umfassender als sie es je war. Lösungen und selbst simpelste proaktive Reaktionen und Vorsorgestrategien bei den Regierungen und „Eliten“ sind nicht erkennbar. Tabuisierte Zonen und „muddling through“ überall. Die größte und globalste Finanz- und realwirtschaftliche Krise, verschärft durch die strukturellen Nahrungsmittel-, Rohstoff-, Klima-, Verteilungs- und moralischen Krisen lassen keine konventionellen Lösungen im Rahmen des Kapitalismus mehr zu, die auch nur noch kurzfristig tragfähig wären. Die Welt wird in 10 Jahren eine völlig andere sein. China wird mit einem halbwegs intelligenten gemischtwirtschaftlichen System, das noch zu mittelfristigem Handeln fähig ist, die Nummer 1 werden, die USA werden Nummer 2, Lateinamerika emanzipiert sich in Richtung auf erkennbar fortschrittliche Lösungen, China und Venezuela geben Kredite zu akzeptablen Konditionen, Kuba versorgt die „3. Welt“ mit guten und billigen Medikamenten, Südostasien und Teile Afrikas werden selbstbewusster und stärker, keine einfachen Rohstoffbasen und Abnehmer unserer Überproduktion und unseres Giftmülls mehr.

Unter den gegebenen ideologischen und Macht-Bedingungen und -Trends kann das bedeuten, dass die USA und die EU die Welt endgültig mit „humanitären“ imperialistischen Kriegen überziehen. Sie werden die neoliberale Strategie der *Schock-Doktrin*, wie sie von *Naomi Klein* für die letzten 30 Jahre überzeugend und materialreich nachgewiesen wurde, „Produziere Katastrophen wo möglich, setze die Menschen unter Schock, nutze Katastrophen und Schockzustände, um die weitestgehenden und brutalstmöglichen Veränderungen in deinem Sinne durchzusetzen“, künftig noch systematischer einsetzen. Falls die Welt das überleben sollte, werden die Überlebenden noch erleben, wie die USA und die EU an ihren Kriegen zugrunde gehen.

Immanuel Wallerstein prophezeite jüngst das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, für die nächsten 30 Jahre. Dem ist zuzustimmen, mit der Einschränkung, dass dies bereits in etwa 15 bis maximal 20 Jahren der Fall sein wird. Was danach kommt, könnte besser sein, aber auch sehr viel schlimmer, sagt er. Exakt. Alles deutet darauf hin, dass sich der Kapitalismus in der Tat aus endogenen Tendenzen heraus in den globalen Zusammenbruch aller menschlichen Systeme katapultiert.

Unter diesen Bedingungen setzen die Herrschenden in Deutschland und der EU auf die notwendigerweise immer aggressiver werdende globale Machterhaltungsoption, nach innen wie nach außen, damit sich Kapital überhaupt noch in Ansätzen nach den Kriterien des Kapitalismus verwerten und vermehren kann. Diese Situation ist völlig unvergleichbar mit der relativen Schwäche, ideologischen Suche und dem Umstrukturierungsdruck Anfang der neunziger Jahre, die die Konversion punktuell hat Realität werden lassen. Rüstungskonversion wird keine zugestandene Option der Herrschenden mehr sein. Selbst wenn die letzte Option zur Realisierung einer Kapitalrendite ist, den Gegnern in aller Welt die Waffen zu verkaufen, damit die finalen Kriege noch durchgeführt werden können (vergleichbar der viel harmloseren Absurdität des Löchergrabens und -wiederzuschüttens, das fälschlicherweise dem großen Ökonomen Keynes unterstellt wurde).

Die Konversionsforderung kann nicht mehr auf eine Schwäche oder ein Entgegenkommen seitens ihrer Adressaten setzen. Sie kann nur noch darauf setzen, dass die Frustration über die Unfähigkeit der Herrschenden massenhaft wird, die Logik der Schock-Doktrin durchschaut wird und der humanitäre Impuls trotz zunehmenden täglichen Überlebenskampfes die Oberhand gewinnt. Die kumulierenden Krisen werden dabei den Reaktions- und Handlungsrythmus diktieren.

Dafür ist es erforderlich, die Friedens- und Konversionsforderung heute konkret auch regional (z.B. in Bremen) zu artikulieren. Der Inkompetenz, Dummheit, verkappten Hilflosigkeit und aggressiven Handlungsverweigerung der Herrschenden kann dabei die kleine regionale industriepolitische Erfolgsgeschichte gelungener, professioneller und ordentlicher Rüstungskonversion entgegengehalten werden. Bremen hat immer noch viele Gründe und viele Potentiale dafür, dass die Rüstungskonversionsforderung hier relativ erfolgreich werden kann. Der Rüstungs-Rollback seit Mitte der neunziger Jahre hat auch in Bremen das einst ein wenig zurückgefahrenene Rüstungszentrum sich neu beleben lassen. Über bremische Rüstungsforschung, -entwicklung und -produktion, Rüstungsexport und entsprechende Hafenpolitik muss weiter konkret und fachlich professionell informiert werden.

Die Erfahrung unserer kleinen Erfolgsgeschichte zeigt, dass man mit guten Alternativen vorbereitet sein muss. Die Rahmenbedingungen wird man so nicht beeinflussen können, aber nichts bleibt bekanntlich, wie es war, und die Veränderungen werden kommen, von außen, und massiv. Und wahrscheinlich werden sie schlimmer sein, als wir erhoffen. Dann aber sollten die guten Alternativen ausgearbeitet und bereit sein. Rüstungskonversion steht dann für Humanität gegen Inhumanität, für Professionalität gegen Inkompetenz, für eine Ordnung der einfachen Menschen gegen das Chaos der „Eliten“, für das Überleben der Menschheit gegen den Untergang in Barbarei.

Literatur

- Accordino, John, und Wolfram Elsner, 2000, 'Conversion Planning in Two Military Shipbuilding Regions: Hampton Roads, Virginia, und Bremen', *International Regional Science Review*, **23.1**, 48-65.
- BAW, Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung (Hg.), 1991, 'Diversification of the European Military Industry and the Tracing of Alternative Regional Initiatives to Energize Economic Development (DEMILITARIZED). Final Report', *Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, **14.3/4**, 203-229.
- BICC, Bonn International Center for Conversion, 1996, *Conversion Survey 1996*, Oxford, New York et al.: Oxford Univ. Pr.
- , 1998, *Conversion Survey 1998*, Oxford, New York et al.: Oxford Univ. Pr.
- Bremer Senat, 1998, *Bedeutung der Wehrtechnik für Bremen*, Senatsvorlage der bremischen Landesregierung, 26. Januar 1998.
- Elsner, Wolfram, 1992, 'Military Reconversion and Regional Economic Policy. The Case of the State of Bremen (Germany)', *Bremer Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, **15.1/2**, 201-10.
- , 1993, 'Industrial Defence Conversion: Guiding the Market at the Regional Level - The Case of the State of Bremen, Germany', *Journal of Economic Issues*, **XXVII.4**, 1254-62.
- , 1995, 'Instruments and Institutions of Industrial Policy at the Regional Level in Germany: The Example of Industrial Defence Conversion', *Journal of Economic Issues*, **XXIX.2**, 503-16.
- , 1996, *Konversion als Innovation. Die bremische Konversionsförderung 1992 bis 1995, Evaluierungsbericht*, publ.: Münster, Hamburg, London: LIT, 1998.
- , 2000a, 'Regionalisierung und Neuer Regionalismus. The Big Divide: Neoliberalismus oder proaktive Regionalpolitik', *Informationen zur Raumentwicklung*, **9/10-2000**, 575-87.
- , 2000b, 'An Industrial Policy Agenda 2000 And Beyond - Experience, Theory and Policy -', in: W. Elsner, J. Groenewegen (eds.), *Industrial Policies After 2000*, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Acad. Publ., 441-86.
- , 2001a, 'Interactive Economic Policy: Toward a Cooperative Policy Approach for a Negotiated Economy', *Journal of Economic Issues*, **XXXV.1**, 61-83.

- , 2001b, 'An Interactive Economic Policy Approach to Manage Structural Change: the case of industry conversion in the German state of Bremen', *International Review of Applied Economics*, **15.4**, 411-28.
- , 2002, 'Das Programm hinter dem Programm. Bremens neoliberale Sanierungsstrategie und ihre Folgen für die Stadtgesellschaft', *Planungsrundschau*, **3-4/2002**, 120-38.
- , 2004, 'Regional Job Turnover and Industrial Policy. A Note on a Potential Time Pattern of Regional Industrial Policies and their Job Effects - the Case of the German City-State of Bremen', *Local Economy*, **19.3**, 249-63.
- , 2005, 'Industriepolitik und neoliberales Sanierungs-Regime im Stadtstaat. Die Freie Hansestadt Bremen', in: W. Krumbein, A. Ziegler (Hg.), *Perspektiven der Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland. Impulse und Erfahrungen der Innovations- und Technologiepolitik in den Bundesländern*, Reihe „Standortdebatte“ der Hans-Böckler-Stiftung, Marburg: Schüren, 2005, 224-57.
- , und Gerhard Voss, 1991, *Bericht zu den Abrüstungsfolgen für das Land Bremen und zu den Handlungsmöglichkeiten*, Bremen: BAW/Schünemann.
- , und Marion Salot, 2002, *Industrielle und regionale Konversion im Lande Bremen, Abschlußbericht 2001*, Münster, Hamburg: LIT.
- , (Ed.), 2001, *International Restructuring and Conversion of the Arms Industries and the Military Sector - Industrial, Regional and Sociocultural Aspects*, Proceedings of the International Conversion Conference, Bremen, April, 2001, Münster, Hamburg: LIT, 2001.
- EU-Kommission, 1992, *The economic and social impact of reductions in defence spending and military forces on the regions of the Community*, Brussels, Luxembourg: EU.
- European Research and Information Service (ERIS), 1993, in Zusammenarbeit mit dem Ecumenical Committee for Corporate Responsibility (ECCR) and South Hampshire Industrial Mission (SHIM), (Eds.), *The Bremen Programme for Defence Conversion*, South Hampshire.
- Markusen, Ann, und Michael Brzoska, 2000, 'The Regional Role in Post-Cold War Military Industrial Conversion', *International Regional Science Review*, **23.1**, 3-24.
- PREST, Programme of Policy Research in Engineering, Science and Technology, 1998, *Transfer and civil use of defence-related technologies and diversification of defence-related SMEs*, Report, Manchester, UK: The Univ. of Manchester.
- Salot, Marion, und Wolfram Elsner, 1998, *Bericht über die Entwicklung der Konversion im Lande Bremen. Konversionsbericht 1996*, Münster, Hamburg, London: LIT.

Wolfram Elsner, seit 1995 Professor für Volkswirtschaftslehre, Institut für Institutionelle und Innovations-Ökonomik (iino), Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Universität Bremen; 1989-1995 Abteilungsleiter Planung und Leiter des ‚Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung‘ (BAW) beim Senator für Wirtschaft sowie 1992-2000 Konversionsbeauftragter beim Senator für Wirtschaft.